

# Landeskirche: Auch wir sind gegen Judenmission

WÜRTTEMBERG „Müssen das Verhältnis zu evangelikalen Israel-Werken nicht neu konfigurieren“

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg sieht in dem Nein der EKD-Synode vom 9. November in Magdeburg zur Judenmission ihren Beschluss aus dem Jahr 2000 bestätigt. Damals hatte die Landessynode mehrheitlich entschieden, Mission unter Juden abzulehnen. Das sagte der Sprecher der Landeskirche, Oliver Hoesch (Stuttgart), idea. „Wir müssen das Verhältnis zu evangelikalen Israel-Werken nicht neu konfigurieren, aber weiter im kritischen Dialog bleiben.“ Mehrere Organisationen, darunter der Evangeliumsdienst für Israel (Ostfildern bei Stuttgart), unterstützen die messianisch-jüdische Bewegung und verbreiten die christliche Botschaft unter Juden. Messianische Juden glauben an Jesus als den im Alten Testament angekündigten Erlöser des Volkes Israel. Sie verstehen sich als Teil des jüdischen Volkes und seiner Traditionen und wollen nicht Christen genannt werden.

## Landeskirche setzt sich auch für messianische Juden ein

Landesbischof Frank Otfried July (Stuttgart) hatte 2011 bei einem vom damaligen Prälat Ulrich Mack (Stuttgart) überbrach-



Messianische Juden: Sie verehren Jesus Christus

Kirchentags, „messianische Gruppen nicht zur aktiven Mitwirkung zuzulassen“, hatte July im Juli 2014 vor dem Kirchenparlament kritisiert. Sie sollten die Möglichkeit haben, in fairen Gesprächen ihre Meinung darzustellen und ihr Glaubenszeugnis zu zeigen, hatte der Landesbischof gefordert, allerdings vergeblich. Die EKD-Synode sprach sich in Magdeburg in einer Kundgebung einstimmig gegen Judenmission aus. Man bekräftigte, dass die Erwählung der Kirche nicht an die Stelle der Erwählung des Volkes Israel getreten sei: „Gott steht in Treue zu seinem Volk.“ Christen seien ungeachtet ihrer Sendung in die Welt nicht berufen, Israel davon zu überzeugen, dass der Weg zu Gottes Heil nur über den Juden Christus führe: „Alle Bemühungen, Juden zum Religionswechsel zu bewegen, widersprechen dem Bekenntnis zur Treue Gottes und der Erwählung Israels.“

## Wann erkennt die EKD jesugläubige Juden an?

Von dem Beschluss betroffen ist der Evangeliumsdienst für Israel. Er gehört der württembergischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission an, in der die in der Landeskirche beheimateten kirchlichen und freien Missionswerke zusammenarbeiten.

Die Landeskirche bittet die 1.400 Kirchengemeinden jährlich um eine Kollekte für Projekte dieser Werke. Darunter ist auch der Evangeliumsdienst für Israel. In der Broschüre „Opfer für die Weltmission“ stellt sich die Organisation vor als „ein Angebot für die Kirche, ihre Verantwortung gegenüber dem alten Bundesvolk Gottes wahrzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass jüdische Menschen erfahren, dass Jesus von Nazareth ihr Messias ist, und Christen sich ihrer Herkunft aus dem biblischen Judentum bewusstwerden.“ Wie der theologische Leiter des Evangeliumsdienstes für Israel, Armin Bachor, idea sagte, gibt es das von der EKD kritisierte Bemühen, Menschen zum Religionswechsel zu zwingen, „heute real nicht mehr“. Wenn ein Mensch zum Glauben an Jesus, den Messias finde, komme „das durch das Reden des Heiligen Geistes und nicht durch überzeugende Worte“. Der Evangeliumsdienst kritisiert, dass in der Kundgebung die Existenz messianischer Juden bzw. Judenchristen nicht erwähnt wird: „Wann erkennt die EKD jesugläubige Juden als Schwestern und Brüder aus dem jüdischen Volk an?“ Ähnlich hatte sich auch die Arbeitsgemeinschaft für das messianische Zeugnis an Israel (amzi/Lörrach) geäußert.

(Siehe auch die Seiten 14–17)

www.elk-wue.de • 0711 2227658  
www.edi-online.de • 0711 793987

vom 7. November

STUTTGARTER  
ZEITUNG

EKD-Synode

## Kirche erteilt Judenmission eine Absage

Die EKD kommt einer Forderung des Zentralrats der Juden nach und distanziert sich der Judenmission. In Württemberg könnte dies Streit auslösen.

ten Grußwort zum 40-jährigen Bestehen des Evangeliumsdienstes für Israel die Überzeugung des Apostels Paulus betont, dass zuerst den Juden das Evangelium zu predigen sei. Im September 2013 hatten die damalige Präsidentin des württembergischen Kirchenparlaments, Christel Hausding (Ulm), und der Landesbischof bekräftigt, dass die Landeskirche sowohl mit den jüdischen als auch mit Gemeinden der messianischen Juden im Austausch bleibe und für beide eintrete. Den Beschluss des